

Das Lachen wird zur Haupttendenz; man amüsiert sich über Religion und Ketzerei. Die Substanz der Realität ist lächerlich. Alles wird auswechselbar, Häresie und Orthodoxie heben sich gegenseitig auf. Die Wahrheit ist eher auf seiten der Häresie, und diese wird Außenseitern, den Armen, den einfachen Leuten, welche von der Macht ausgeschlossen sind, zugutegehalten. So wird es im Streitgespräch Ubertins mit William dargestellt. Als Einziges bleibt der erotisch-sexuelle Trieb zum Leben, identisch mit dem von Sigmund Freud ausgemachten Todestrieb. Darum kann William erklären, die absolute Wahrheit habe den Geschmack des Todes. Das ist die eigentliche, die »wahre« Wahrheit der nominalistischen Untersuchung, während die falsche Wahrheit die der Inquisition der Kirche ist. Die Philosophie des Lachens, dem hl. Franz zugeschrieben, soll die Welt überwinden. Die Idee stammt jedoch von Schopenhauer und Nietzsche. Die Rückkehr zur Vergangenheit des Mittelalters hat nichts zu tun mit der romantischen Sehnsucht nach einem christlichen Gestern. Der Code kann nicht geknackt werden, da es keine Grundziffer mehr gibt. Die Literatur wird zur Collage.

Der Einfluß der Medien auf die politische Kultur

Von Heinrich Oberreuter

1. Vorklärungen

Die klassische These, daß von Medien keine politischen Wirkungen ausgingen, ist sicher überholt. Mit einigen Belegen und Beispielen möchte ich zeigen, wie sehr sich durch Medien die Annäherung an die Politik, ihr Verständnis und ihre öffentliche Darbietung gewandelt haben.

Zum zweiten muß ich vorweg bemerken, daß politische Kultur als Begriff keineswegs so unverbindlich ist, wie er in der generellen öffentlichen Diskussion gebraucht wird – in aller Regel zur Kennzeichnung des politischen Umgangsstils. Das mag ein Teil der Sache sein, aber nicht schon die Sache selbst. Unter dem Begriff politische Kultur verstehen wir zum einen die in einer Gesellschaft vorherrschenden politisch wichtigen Einstellungen und Werthaltungen; zum anderen sollten wir auch die politischen Institutionen mit einschließen, deren Gestalt ja keineswegs unabhängig von grundlegenden Wertorientierungen gedacht werden kann: Die Institutionen repräsentieren gleichsam historisch geronnenen Sinn. Zwischen diesen beiden Dimensionen gibt es Verflechtungen und Abhängigkeiten. Ich möchte eine dritte Dimension hinzufügen: Zur Analyse politischer Kultur gehört stets auch ein Blick auf die historische Herkunft, den aktuellen Zustand und den zukunftsbezogenen Wandel von Wertorientierungen und Institutionen. Politische Kultur ist also ein historischer Prozeß. Daher geht es grundsätzlich nicht nur um die gegenwärtige politische Identität einer Gesellschaft, sondern immer auch um ihre Herausbildung und ihre Tradierung im Wandel. Hier setzt der Einfluß der Medien ein.

Wenn es zutrifft, daß Kommunikation der Kitt ist, der Gesellschaften zusammen-

hält, dann erübrigt sich eigentlich jeder Rechtfertigungsversuch der Frage nach der Rolle der Medien in diesem Prozeß. Ihre Bedeutung ist evident. Gerade eine demokratische Ordnung kann nicht einfach dekretiert werden. Sie verwirklicht sich immer wieder aufs neue, und sie gewinnt ihre Legitimität immer wieder aufs neue durch Kommunikation. Es sind dabei nicht zuletzt die Medien, die den individuellen Entwicklungsprozeß mit dem Prozeß politischer Kultur verknüpfen, die also in unserem Falle einen Beitrag zur Aneignung grundlegender Wertvorstellungen und zur Eingliederung in das politische System leisten – oder leisten sollen. In der wissenschaftlichen Literatur stellt sich zunehmend die Erkenntnis ein, daß dieser Beitrag der Medien unerläßlich, daß das politische System auf ihn angewiesen ist.

Wir sprechen nicht von kurzfristigen Einstellungsveränderungen, welche Parteien im Umfeld von Wahlen zu erregen pflegen. Es interessieren uns Langzeitwirkungen und letztlich die Frage, wer eigentlich heute politische Kultur schafft und verändert – mehr die in eigenen journalistischen Interessen ruhenden Medien oder die demokratisch legitimierten politischen Institutionen. Wir sorgen uns zunehmend um die Schwächung unseres Grundkonsenses, jener Übereinstimmung in Werten und Zielen, die man zur Zeit der Aufklärung den Gesellschaftsvertrag nannte. Diesen Grundkonsens ständig zu erhalten und zu aktualisieren, ist ein Bewußtseinsvorgang, den man gestalten muß. Es ist ein Kommunikationsprozeß. Der Grundkonsens, den man nicht im Gespräch hält, verfällt. Der Staat besitzt dazu nur im Bildungs- und Erziehungsweisen ein Steuerungsinstrument. Das öffentliche Bewußtsein ist aber eher auf Medien und Journalismus angewiesen.

2. Politische Sozialisation – Hinführung zur politischen Kultur?

Ich gehe davon aus, daß in der freiheitlichen Demokratie Staat und Medien Teil der gleichen politischen Kultur sind. Bekanntlich ist die Kommunikationsfreiheit »schlechthin konstituierend« für diesen Staat. Von daher gibt es keine logische Basis für grundsätzliche Konfrontation oder indifferentes Nebeneinander. Von ihren Voraussetzungen her akzeptieren Staat und Medien gemeinsam bestimmte Normen und Werte, und sie sind sich auch über bestimmte Spielregeln des Handelns einig. Journalistisches Selbstverständnis scheint jedoch auch heute noch mehr geprägt von den verfassungsgeschichtlichen Kampfzeiten um politische Öffentlichkeit und Pressefreiheit, in denen die Presse der absolutistischen Obrigkeit entgegentrat und Volkstimme repräsentierte. Dieses Verständnis als Gegengewalt stammt aus vorkonstitutionellen Zeiten. So imponierend die Rolle großer Publizisten wie Görres, Schubart oder Schlözer auch sein mag – demokratische Herrschaft zeichnen ganz andere Qualitäten aus als jene Obrigkeit, der sie entgegentreten hatten, und die Rolle der Medien hat sich entsprechend gewandelt; zumindest normativ – die Praxis hinkt mit Sicherheit hinterher. Hier ist eine der Schwachstellen unserer politischen Kultur, die sicher an Relikten des Obrigkeitsstaats krankt. Aber ebenso krankt sie daran, daß Institutionen des demokratischen Rechtsstaats, wie etwa die Regierung, heute noch so aufgefaßt werden, als wären sie obrigkeitsstaatliche Institutionen und als hätten grundlegende verfassungspolitische Wandlungsprozesse nicht stattgefunden. Solche Auffassungen stehen einem angemessenen partnerschaftlichen Selbstverständnis entgegen, in welchem natürlich jenes Mindestmaß an Distanz nicht untergehen darf, aus

dem die Freiheit zur Kritik und Kontrolle erwächst. Insofern gibt es durchaus grundlegende Mißverständnisse der Voraussetzungen unserer politischen Kultur.

Besonders brisant wird unser Problem bereits bei der Hinführung des einzelnen zur Politik, zum politischen System, zur politischen Kultur. Ob diese Hinführung wenigstens zu den Grundwerten der Politik und zum demokratischen Konsens gelingt, ist ja entscheidend dafür, inwiefern das Experiment Gesellschaft immer wieder aufs neue glückt. Der einzelne nimmt den gesamten Bereich der Politik, der Ideologien und Legitimitätsvorstellungen nahezu ausschließlich durch die Medien wahr. Das Fernsehen dominiert dabei, von dem wir wissen, daß ihm z. B. in den USA bis zum 18. Lebensjahr mehr Zeit zugewandt wird als etwa dem Gespräch mit Eltern und Lehrern. Es dominiert samt seiner Kraft, die individuellen und gruppenspezifischen Auswahlmechanismen zu durchbrechen, samt der hohen Glaubwürdigkeit, die ihm zugeschrieben wird, samt seiner Oberflächlichkeit, durch die es sich von den Hintergrundinformationen der seriösen Tagespresse absetzt.

Zwei Dinge verdienen Aufmerksamkeit: Zum einen das hohe Zeitbudget, das für Medien zur Verfügung steht: in den USA liegen dem Schuleintritt bereits 4. 000 volle Fernsehstunden voraus – ein volles Jahr im Wachzustand. In der Bundesrepublik sind es »nur« 1. 000 Fernsehstunden vor dem Schuleintritt. In bildungs- und einflußoffenen Jugendphasen sieht auch bei uns der Jugendliche täglich zwei Stunden fern, der Erwachsene ganz ähnlich. Zum zweiten der rasante soziale Wandel: Man kommt sehr schnell zum Nullpunkt, an dem keine Abwehrmechanismen mehr gegen Medienbotschaften eingesetzt werden können, an welchem auch der Aufbau eines Weltbilds durch Medien vermittelt wird, weil neue Tatbestände auf keine Voreinstellungen treffen.

Auf das politische Programm kommt es dabei alleine gar nicht an. Gerade der Unterhaltungsbereich besitzt starke politische Einfärbungen, transportiert politikrelevante Einstellungen – und dies oft genug mit politisch-erzieherischen Absichten. Wenn in den USA Farbige bis vor kurzem nur in subalternen Positionen, heute aber auch als Chefs von Weißen gezeigt werden, so gehen davon politische und gesellschaftliche Signale aus. Sicher auch, wenn überholte Rollen – und insbesondere Frauenbilder transportiert werden oder wenn Familie überwiegend als kaputtes, desolates und anachronistisches Unternehmen präsentiert wird, statt als das, was es in der Wirklichkeit in aller Regel immer noch ist: nämlich eine gewiß nicht stets konfliktfreie, aber doch solidarisch funktionierende Gemeinschaft. Inhaltsanalysen von *popular music* im amerikanischen Fernsehen haben spezifische politische Einfärbungen zutage gefördert. Dort wurden Werte und Normen transportiert, welche der politischen Kultur widerstreiten. Auch in der Bundesrepublik gibt es längst eine entsprechende politisch subjektivistische Medienszene mit gleicher Stoßrichtung, auf der Kämpfe um kulturelle Hegemonie ausgetragen werden. Der dahinterstehende politische Anspruch zielt jedoch eindeutig auf politische Beeinflussung. In den USA war sich etwa die Hälfte der Jugendlichen dieser politischen Implikation bewußt. Dieser Prozentsatz scheint sogar noch eher hoch; denn im Massenkommunikationsprozeß unterliegen wir im Grunde ständig erzieherischen Einflüssen, ohne uns dessen bewußt zu sein und ohne uns dagegen zu wappnen. Ein Einfallstor für Manipulationsversuche? Man kann es nicht ausschließen. Fassbinder hat jedenfalls vor ein paar Jahren eine entsprechende Strategie beschrieben: »Familienserien sind gerade das, was Deutsche gerne sehen.

Dann kommt so eine Familie den Leuten regelmäßig ins Haus, und sie können nachvollziehen, was die einzelnen Figuren machen. Von diesem Moment an kann man versuchen, politische Inhalte unterzubringen, bis die Zuschauer möglicherweise auch bereit sind, mit den Figuren in die Deutsche Kommunistische Partei einzutreten – um es einmal ganz primitiv auszudrücken.«

Bekannt und unbestritten ist, daß die Massenmedien auch für Jugendliche die Hauptquellen politischer Information sind, und daß junge Leute ihnen beträchtlichen Einfluß auf ihre politischen Meinungen einräumen. Das Fernsehen ist dabei das mit großem Abstand wichtigste und auch deutlich das glaubwürdigste Medium, wie die Studie »Jugend und Medien« erneut zutage gefördert hat. (63 % würden am ehesten dem Fernsehen glauben, wenn über das gleiche Ereignis in den unterschiedlichen aktuellen Medien verschieden berichtet würde, 19 % Tages- und Wochenzeitungen, 17 % dem Radio, 2 % den Zeitschriften.) Mit weitem Abstand ist das Fernsehen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch die Hauptinformationsquelle über das, was in der Welt passiert – für 60 %, während nur 30 % auf Tages- und Wochenzeitungen setzen. Wir sprechen über eine Entwicklungsphase, die für neue Eindrücke extrem offen ist. Die Herausprägung der politischen Persönlichkeit erfolgt im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Sie ist abhängig von Zuständen und Ereignissen in dieser Zeit, welche für das ganze Leben politische Orientierungen und Einstellungen prägt. Diese Prägung erfolgt nicht unmittelbar, sondern über Deutungsmuster, die nicht zuletzt von Publizisten und Journalisten aller Medien vermittelt werden. Der Soziologe Rainer M. Lepsius kommt zu dem Schluß, daß auf diese Weise unabhängig von der natürlichen Generationsfolge und bedingt durch den unterschiedlichen »historisch-sozialen Raum«, in dem dies geschieht, spezifisch profilierte politische Generationen entstehen.

Die Herausprägung eines derart deutlichen Generationenprofils muß vom Überwiegen konformer Deutungsmuster im jeweiligen »historisch-sozialen Raum«, also in der jeweiligen Aktualität, abhängen. Denn der einzelne integriert sich ja gerade durch die Übernahme solcher Deutungen aus der Öffentlichkeit, speziell aus den Medien, in »seine« Generation. Konforme Deutungsmuster, d. h., bereits bei der ersten Hinwendung des Jugendlichen zur Politik wird »journalistische Konsonanz«, wie E. Noelle-Neumann das Phänomen genannt hat, zu einer Schlüsselfrage. Sicher sind auch die aktiv handelnden Politiker potentielle »Lieferanten« solcher Deutungsmuster. Aber sie werden durch die Auswahl- und Interpretationskriterien der Medien gefiltert.

In seinem bekannten Buch über öffentliche Meinung hat Walter Lippmann schon frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß soziale Realität sich über Kommunikationsprozesse bildet. Aber erst ein halbes Jahrhundert später ist dieser Ansatz Gemeingut der Forschung geworden. Wirklichkeitserfahrung wird mehr und mehr durch Wirklichkeitsvermittlung abgelöst. Die Medien verfügen über die größere Zahl der Informationen und sind jenseits der unmittelbaren Umwelterfahrung die einzige Quelle der Wirklichkeitssicht des Individuums. Sie prägen entscheidend die Realitätsvorstellungen der Bürger, insbesondere, je übereinstimmender sie berichten. Ihr Angebot bestimmt den Inhalt kollektiver Erfahrung. Dies Angebot ist jedoch nicht »objektiv« im Sinne einer von individuellen Interpretationskriterien des Anbieters freien Wirklichkeitssicht. Als Lippmann zwischen »the world outside and the pictures in our head« differenzierte, wollte er darauf aufmerksam machen, daß Berichte über

die Wirklichkeit tatsächlich Konstrukte mit Merkmalen sind, die zum Teil in die Wirklichkeit hineinprojiziert werden. Die Schlüsselstellung der Wirklichkeitsvermittler ist evident.

3. Einfluß durch Eigengesetzlichkeit

Unser Thema spitzt sich zu bei der Hinwendung zur Politik und beim Verständnis des Politischen. Allensbacher Erhebungen haben gezeigt, wie das Interesse am Politischen parallel zur Versorgung der Haushalte mit Fernsehgeräten wuchs. Zugleich aber wandelte sich sein Verständnis. Politik erschien nun weniger als ernste Aufgabe, denn vielmehr als abwechslungsreich-spannendes Schauspiel. Ein Schauspiel, das seinen Spannungsbogen erhalten muß. Wer Erklärungen sucht für den ungeheueren Themenverschleiß, die Kontinuitätsverschlingende Kurzatmigkeit und die problemverschleiende Suggestion rascher und eindeutiger Lösungen, welche in die Aufführung, die Darstellung und das Verständnis der Politik eingezogen sind, der findet sie hier. Soll der Spannungsbogen erhalten bleiben, bedingt das beständig Stimulation durch neue Reize. Von daher ist es nur ein kurzer Weg von der Top-Meldung bis ins Vorfeld des Wetterberichts. Tschernobyl wird es nicht anders ergehen wie der Inhumanität des fundamentalistischen Regimes von Persien.

Auf der Strecke bleiben nicht nur die Kontinuität und die Möglichkeit, sich überhaupt adäquate Weltsicht zu erwerben. Auf der Strecke bleibt politische Rationalität. Wenn der Bildschirm zur wichtigsten Informationsquelle wird, braucht man des Lesens und Schreibens nicht mehr kundig zu sein, um das Gefühl zu entwickeln, Bescheid zu wissen. Eine ständig dramatisierende Optik, Authentizität vortäuschende Bilderfolgen und vereinfachende Inhalte verhelfen auch so zu diesem Gefühl. Der Text einer Nachrichtensendung füllt kaum eine Zeitungsseite. Ohne Verkürzungen, Entstellungen und Simplifizierungen geht solche Information nicht ab. Die Zeitung informiert nicht nur umfassender; sie ist nicht nur inhaltlich rationaler, sie richtet sich auch deutlicher an das Urteilsvermögen und die analytischen Fähigkeiten des Empfängers. Sie stellt ihm auch mehr Information und Hintergründe zur Verfügung. Mit dem Bedeutungsgewinn von Stimme und Bild verfällt diese Rationalität. Roger-Gérard Schwarzenberg beklagt aus guten Gründen »die Privilegierung der Formen mageren intellektuellen Inhalts, die Begünstigung einer extremen Personalisierung, die Stimme und Bild politischer Führer zu ausschlaggebenden Faktoren macht - kurzum die Unterwerfung rationalen Urteilsvermögens unter eine neue Affektivität.« Zudem läßt der Visualisierungszwang des Fernsehens die Nachrichtengebung auf das Zeigbare schrumpfen. Was bildhaft nicht vermittelt werden kann, findet kaum statt. Insofern kommt es nicht von ungefähr, daß auf dem Boden der Bundesrepublik inzwischen afghanische Freiheitskämpfer an elektronischen Waffen ausgebildet werden – an Fernsehkameras und Videorekordern.

Die Neugierkeitssucht der Massenmedien, ihre »strukturbedingte Neophilie«, wie Otto B. Roegele es nennt, hält nur solche Elemente der Wirklichkeit für nachrichtenfähig, die eine Veränderung anzeigen. Vermittelt wird das künstlich dynamisierte Bild einer sich rastlos verändernden Welt. Für die politische Kultur ist bedeutsam, daß dieser Befund sich auch auf Normen und Werte erstreckt. Wenn das von der Norm Abweichende ständig größere Chancen öffentlicher Aufmerksamkeit und Erörterung

besitzt, muß der Rezipient irritiert und wankend werden. Aus dem Gefühl, das Normale sei zur Ausnahme geworden, übernimmt er die anderslautenden Botschaften, nicht etwa aus intellektueller Einsicht. Schließlich will er sich sozial nicht isolieren. Eine derartige Entstabilisierung des Normensystems – wenn die Beobachtung zutrifft – kann natürlich eine Demokratie in ihrem Kern treffen, die sich als wertgebunden versteht – zumindest, wenn politikrelevante Einstellungen und Orientierungen davon betroffen sind. Die demokratischen Institutionen, die den Wertkonsens einer Gesellschaft im Wandel zu bewahren haben oder wenigstens diesen sozialen Wandel wertorientiert steuern müssen, scheinen diesem Angriff gegenüber auf verlorenem Posten zu stehen. Jedenfalls ist vor einiger Zeit in der Grundwertediskussion dezidiert die Position vertreten worden, daß Institutionen nicht zurückzuholen vermöchten, was in der Gesellschaft an Wertorientierung verfallen sei. Solch stillschweigender Abfall vom Konsens legt entschieden die Axt an die Wurzeln der politischen Kultur und der Legitimität.

Damit verwandt ist eine zweite Dimension: Neophilie berührt nicht nur Normen, sondern auch Verfahrensregeln und normale politische Willensbildung. Die Massenmedien wenden aktiven Minderheiten und ihren unkonventionellen Organisations- und Protestformen besondere Aufmerksamkeit zu. Diese Bewegungen suchen nicht nur den Rahmen des Verfassungskonformen auszureizen, sondern ihn in Form bewußter, kalkulierter und begrenzter Regelverletzung oder im Gewande politisch verbrämter Gewaltanwendung zu sprengen. Permanente Medienpräsenz ist ein Faktor der Gewöhnung. Die Aufmerksamkeitsschwelle wird niedrig. Der Herausforderung der Institutionen und Verfahrensregeln sind letztlich bessere Medienchancen eingeräumt als der mühsamen Arbeit an ihrem Bestand und ihrer Verbesserung. Für jeden, der bestimmte politische Ziele effizient zu verfolgen gedenkt, liegt die Erkenntnis nahe, dies nicht innerhalb oder wenigstens in Zusammenarbeit mit den demokratischen Institutionen zu versuchen, sondern neben ihnen und gegen sie. Denn die »normalen« Formen politischer Willensbildung atmen Konventionalität und Normalität. Sie scheinen öffentliche Aufmerksamkeit geradezu zu entziehen. Immerhin sind dies die Formen, die die Verfassung kunstvoll konstruiert, und zwar als wichtigen Bestandteil der politischen Kultur. Die Institutionen verlieren an Verbindlichkeit. Der Journalismus ist an diesem Schwächungsprozeß durch seine Orientierung am Neuen und Abweichenden beteiligt. Die Institutionen müssen abwägen. »Der Journalismus nimmt sich dagegen die Freiheit, die Zukunft zu antizipieren, also im vorhinein zu entscheiden, was dem System dienlich sei. Er mißt die ›Gesundheit‹ des Systems an Normen, die er selbst setzt, wobei die Neigung besteht, das Neue grundsätzlich dem Älteren vorzuziehen. Ein Problem ist es, das rechte Augenmaß zu gewinnen. Das Abschneiden alter Zöpfe kann unter Umständen den ganzen Kopf kosten, und das Zertrümmern von Tabus den Zusammenbruch der gesamten Ordnung auslösen« (Ronneberger).

Den Medienzwängen folgend, haben Politik und Politiker sich »wenigstens nach außen hin diesem oberflächlichen und kurzatmigen Rhythmus angepaßt. Diese Anpassung widerspricht der Wirklichkeit, die zur Bewältigung der politischen Probleme immer mehr Rationalität und Kompetenz verlangt. Aber der kommunikative Brückenschlag zum Wähler gelingt anscheinend nur dann gut, wenn die Politik sich anders gibt, als sie tatsächlich sein muß. Die politische Führung ist ja nicht einfacher

geworden. Sie muß sich nur einfacher darstellen – gemäß den Gesetzmäßigkeiten der Medien. Das wirft zwei Probleme auf. Zum einen gibt es eine tiefe Kluft zwischen dem Handeln der Politiker im Entscheidungsprozeß und ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit, im Legitimationsprozeß. Eine Kluft, die der Politiker wahrscheinlich nur durch Zynismus überbrücken kann. Zum zweiten hat der Wandel in der Form offensichtlich doch auch auf die Substanz zurückgeschlagen. Die Politik gibt sich nach außen nicht nur anders, als sie grundsätzlich ist, sondern sie ist ein Stück weit auch anders geworden, als sie sein dürfte. Theater, Themenverschleiß, Diskontinuität haben auf diese Weise in sie Einzug gehalten. Unbezweifelbar ist, daß Notwendigkeit und Zwang zur Darstellung des Politischen auf der Medienbühne erheblich zugenommen haben und daß die medienbedingten Formen der Politik*darstellung* Rückwirkungen auf die Inhalte der Politik*führung* besitzen. Wenigstens in den äußeren Abläufen und ihrer öffentlichen Einschätzung haben sich die Medien insofern stark der Politik bemächtigt. Schwarzenberg sagt, sie hätten sie degradiert. Ebenso haben sie sich der Politiker bemächtigt und zum Aufstieg des Starsystems in der Politik geführt. In der Tat führt die insbesondere vom Fernsehen bewirkte Personalisierung zur Bevorzugung eines bestimmten Politikertyps. Helmut Schmidt hat einmal auf die Frage, was sich denn für den Kanzler seit Adenauer wesentlich gewandelt habe, geantwortet: »Es gab kein Fernsehen, Adenauer brauchte nicht immer ein staatsmännisches Gesicht zu machen ... Das Monster Fernsehen hat radikal die Welt verändert.«

Aber offenbar führte die Ausbreitung des Fernsehens gar nicht zu angemessenem politischen Interesse. Sie hat die Menschen nicht wirklich politisiert, sondern eher auf eine gefährliche Weise »anpolitisiert«. Sie hat sie nicht für die Politik gefangengenommen, sondern für die politische Dramaturgie und für die politischen Entertainer. Politik als Showbusiness aktiviert in Wahrheit nicht. Sie verleitet zum Zuschauen – und dies bei einem Spiel, das angesichts der Kluft zwischen Show und Wirklichkeit für die Mehrzahl seiner Betrachter allmählich undurchschaubar zu werden verspricht. Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, beeinflussen nicht nur Gestalt und Bild der Politik, sondern auch die überwiegend passive Art, in der die Bürger sich ihr zuzuwenden pflegen. Oder sie befördern punktuelle, rein themenbezogene Aktionsbereitschaft, die sich aus Emotionalisierungsphasen speist. Beide Verhaltensweisen entsprechen nicht gerade dem Idealbild demokratischer politischer Kultur, welches in einem sich rational beteiligenden Bürger gründet.

4. *Autonomie der Medien?*

Trotz ihrer Eigenständigkeit stehen die Medien und die Institutionen als Teil der politischen Kultur in einem engen Wechselverhältnis. Sie scheinen in gleicher Weise aufeinander angewiesen. Freie Medien könnten nicht existieren ohne das verfassungspolitische Ethos der liberalen Demokratie. Aber die freiheitliche Demokratie selbst ist auf die Service-Funktionen freier Medien angewiesen, weil sie nicht bestehen könnte, wenn jene nicht Öffentlichkeit schafften und die Kanäle zur Verfügung stellten, mit deren Hilfe die Gesellschaft und ihre unterschiedlichen Gruppen miteinander sprechen können. Das setzt ein kunstvoll balanciertes Verhältnis voraus, das gekennzeichnet ist durch gegenseitige Überwältigungsverbote. Die konventionelle Illustrierung dieses Problemkreises ist der Blick auf den ungenierten Zugriff der politischen

Parteien auf die Rundfunkanstalten. Man muß freilich auch unkonventioneller nach Ausgriffstendenzen der Medien fragen. Die Frage lautet dann, ob Politik und Institutionen durch die Abhängigkeit des demokratischen Willensbildungs- und des politischen Sozialisationsprozesses von der Schlüsselposition der Medien und der in ihnen tätigen Journalisten nicht längst im Kernbereich ihrer Eigenständigkeit getroffen ist.

Die Abhängigkeit ist auf beiden Seiten nicht gleich groß. Parteien, Parlamente und Regierungen sind in der Demokratie auf Öffentlichkeit geradezu angewiesen. Sie ist der Sauerstoff, den sie atmen. Die Medien haben die demokratische Öffentlichkeit, sie brauchen insbesondere die freiheitsrechtlichen Grundlagen der Demokratie, sie sind aber nicht unbedingt auf die Zusammenarbeit mit den demokratischen Institutionen angewiesen. Die Interessen fallen auseinander, weil Journalisten und Politiker unterschiedliche Rollen ausfüllen. Politiker erreichen ihre Macht nur durch vielfältige, formal zu Recht bis ins einzelne geregelte Akte der Legitimation und werden in ihrem Handeln durch Recht und Gesetz scharf begrenzt. Journalisten üben ihre Macht ohne rechtlich fixierte Verantwortung und ohne formelle Regeln und Verfahren der Legitimation aus. Das wird wahrscheinlich so sein müssen; aber es bleibt ein beachtenswerter Sachverhalt: Selbstlegitimierung des Journalismus ist die Regel. Damit kommt die Persönlichkeit des Journalisten ins Spiel, ihre fachliche Qualifikation und auch die persönliche Moral. Darin bergen sich Chancen und Risiken. Jedenfalls hat auf beides das politische System keinen Einfluß, während der handelnde Politiker wie in einem Käfig von Rechtsregeln umstellt ist.

Medien, so hieß es, stellen Öffentlichkeit her. Das impliziert einen wichtigen Umkehrschluß: Sie können Öffentlichkeit auch verweigern. In dieser Potenz liegt wahrscheinlich mehr Macht als in allen Möglichkeiten zur Manipulation. In dem öffentlichen Prozeß der Suche nach Gesprächspartnern nehmen die Massenmedien eine Schlüsselstellung ein. Journalisten fungieren als *gatekeeper* – ein einprägsames und aussagekräftiges Bild. Sie sind Schleusenwärter für Kommunikationsströme und bestimmen, was sie durch ihr Schleusentor hindurchlassen und was nicht. Insofern wird die Frage nach den Auswahlkriterien wichtig, nach denen die *gatekeeper* Zugangschancen verteilen oder verweigern.

Diesen Kriterien unterliegen auch Parlamente, Regierungen, Parteien und Abgeordnete – demokratisch legitimierte Institutionen. Ihr Zutritt zur demokratischen Kommunikation unterliegt der Kontrolle durch Instanzen, die keineswegs vergleichbaren Legitimations- und Kontrollmechanismen unterworfen sind. Man soll die Sorge um die parteipolitische Besetzung der Anstalten ernst nehmen. Aber man müßte ihr längst auch die Sorge um eine gleichsam »unzensurierte« Entfaltungsfreiheit politischer Institutionen an die Seite stellen. Einstweilen kann man mit diesem Thema bestenfalls Verblüffungseffekte erzielen. Aber die Aufmerksamkeit sollte geschärft werden für die Möglichkeit der Medien, sich durch Verweigerung sozusagen negativ in die Formulierung und Gestaltung der politischen Ziele einer Gesellschaft einzumischen.

Jedenfalls bestimmen die Medien in großem Umfang die Tagesordnung der politischen Kommunikation, ganz besonders natürlich das Fernsehen, das viel mehr noch als die Zeitungen vom Gesetz der Knappheit beherrscht wird. Diese Bestimmung der Tagesordnung wird in den USA seit langem diskutiert; hierzulande ist sie noch kaum ins öffentliche Bewußtsein getreten. Die bislang, wenn ich recht sehe, einzige

Untersuchung führte immerhin den Nachweis, daß Journalisten, die an der Schleuse stehen, das Tor zur Öffentlichkeit ganz besonders für Orientierungen und Positionen öffnen, die sie selbst teilen. Themen und Meinungen, die in der Öffentlichkeit meßbar vorhanden sind, können an der Medienbarriere scheitern und dann auch, weil sie das Ohr der Journalisten nicht finden, in der Öffentlichkeit zurücktreten. Der Öffentlichkeit werden ihre Themen also nicht immer vermittelt, sondern offensichtlich zum Teil auch entwunden. In solchen Fällen ersetzen Medienoptionen das Zeitgespräch der Gesellschaft, in solchen Fällen funktioniert politische Öffentlichkeit nicht mehr. In solchen Fällen – ich bitte das als Einschränkung zu verstehen; denn auf einige problematische Entwicklungen und Tendenzen hinzuweisen, bedeutet ja noch nicht, daß die These aufgestellt werden könnte, Öffentlichkeit und demokratische Kommunikation befänden sich generell in einem Verfallsprozeß.

Ein knappes Fazit: Die politische Kultur der freien Demokratie kann gar nichts anderes als eine kommunikative Kultur sein. Institutionen und Medien sind aufeinander angewiesen und müssen zusammenwirken, um die beständige Aneignung, den Fortbestand und die Tradierung dieser politischen Kultur zu sichern. Medien haben dabei, wie Karlsruhe einmal zu Recht gesagt hat, eine »dienende Freiheit«. Die Frage ist, ob sich diese dienende Freiheit nicht allmählich in eine primär auf Selbstverwirklichung erpichte Autonomie wandelt.

Józef Zyciński, geboren 1948 in Stara Wies, Priester, ist Prodekan der Philosophischen Fakultät an der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau. Den Beitrag auf Seite 301 übertrug aus dem Französischen August Berz.

Christoph Schönborn OP, geboren 1945, ist seit 1975 Professor für Dogmatik an der Katholischen Universität Fribourg (Schweiz); Mitglied der Internationalen Theologienkommission.

Ellero Babini, geboren 1953 in Forli (Italien), Priester, Dr. phil., Dr. theol.; Redaktionsmitglied der in italienischer Sprache erscheinenden »Communio«. Die Übersetzung des Beitrages auf Seite 348 besorgte August Berz.

Heinrich Oberreuter, geboren 1942 in Breslau, ist seit 1980 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Universität Passau. Der Beitrag auf Seite 376 ist identisch mit dem Text, den Oberreuter im Juni 1986 in Weikersheim vorgetragen hat.